

dem nur eine staatliche Entscheidung sein, nämlich eine der verfassungsmäßigen Volksvertretung.

I. Hans Peter Bull: Vorsicht vor

Wächtern, Süddeutsche.de – politik – 19./20. April 2016, <http://www.sueddeutsche.de/politik/2.220/aussenansicht-vorsicht-vor-waechtern-1.2956090>

## Atommüll

### „Eingeladen, aber nicht gehört“

#### 70 Anti-Atom-Initiativen und Umweltverbände beteiligen sich nicht an Konsultation der Atommüll-Kommission

Die Atommüll-Kommission des Deutschen Bundestages wollte am 29./30. April 2016 bei einer sogenannten „Konsultation Endlagerbericht im Entwurf“ Teile ihres Berichtes zur öffentlichen Diskussion stellen. Doch 70 Umweltverbände und Anti-Atom-Initiativen aus der ganzen Bundesrepublik Deutschland erklärten im Vorfeld, dass sie sich an dieser Veranstaltung nicht beteiligen werden. In einer gemeinsamen Erklärung begründeten sie ihre Entscheidung. Darin heißt es unter anderem:

„Umweltgruppen und Initiativen werden nicht an einem Prozess teilnehmen, der lediglich bereits erkannte Fehler der Vergangenheit wiederholt. Als Feigenblatt für diesen Irrweg stehen wir auch weiterhin nicht zur Verfügung.“

(...) Weder die Arbeit der Kommission noch ihre Ergebnisse konnten Vertrauen schaffen - im Gegenteil:

Die Kommission ist dem im Standortauswahlgesetz formulierten Anspruch, die Fehler der Vergangenheit aufzuarbeiten, mitnichten gerecht geworden.

Die Kommission hat nicht einmal ernsthaft versucht, alternative Lageroptionen zu prüfen. Sie hat stattdessen nahtlos den auf tiefengeologische Lagerung fixierten Weg fortgesetzt, der in der Vergangenheit zu den Havarien in der Asse und Morsleben führte.

Die willkürliche politische Entscheidung für den geolo-

gisch ungeeigneten Standort Gorleben wurde nicht revidiert, sondern durch politisch motivierte Kriterien-Benennung erneut begünstigt.

Eine breite gesellschaftliche Debatte zum am wenigsten risikoreichen Umgang mit dem Atommüll hat es nie gegeben: weder vor der Verabschiedung des Gesetzes, noch während der Arbeit der Kommission.

Die Öffentlichkeit wurde in der Kommission weder frühzeitig noch angemessen beteiligt. Die „Beteiligung“ reduzierte sich auf informatorische Anhörung ohne jede Ergebniswirksamkeit.“

Jochen Stay, Sprecher der Anti-Atom-Organisation „ausgestrahlt“, erläuterte: „Alle bisherigen Veranstaltungen der Kommission haben gezeigt, dass die Öffentlichkeit zwar eingeladen, aber nicht gehört wird. Die Kommission hat bis zum gesetzlichen Ende ihrer Arbeit im Juni gar nicht mehr die Zeit, Ergebnisse dieser angeblichen Konsultation zu diskutieren und in den Bericht aufzunehmen. Wer sich aber einer echten Beteiligung weigert, muss sich auch nicht wundern, wenn kritische Organisationen nicht mitmachen.“

Martin Donat, Vorsitzender der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, erklärte: „Ein von Teilen der Kommission erarbeitetes Papier, das schlüssig erläutert, warum der Salzstock Gorleben geologisch ungeeignet und politisch verbrannt ist und

deshalb bei der weiteren Standortsuche ausgeschlossen werden kann, wurde von der Kommissions-Webseite entfernt, obwohl dort üblicherweise alle Arbeitspapiere dokumentiert werden. Das verstärkt unsere Zweifel daran, dass diese Kommission wirklich neutral arbeitet und am Ende nicht doch alles auf Gorleben hinausläuft. Wir verlassen uns nicht auf die Kommission, sondern werden am 13. Mai in Gorleben demonstrieren, denn so wie es derzeit aussieht, setzen sich diejenigen in der Kommission durch, die weiter auf Gorleben setzen.“

Die Erklärung mit allen unterzeichnenden Organisationen ist im Internet zu finden unter [https://www.ausgestrahlt.de/media/filer\\_public/52/3e/523e7714-0e3e-41c3-bea4-859d29c84883/atommuellkommission\\_gescheiterter\\_neustart.pdf](https://www.ausgestrahlt.de/media/filer_public/52/3e/523e7714-0e3e-41c3-bea4-859d29c84883/atommuellkommission_gescheiterter_neustart.pdf)

## Atommüll

### Endlagersuche in Tschechien

Dutzenden Gemeinden hat der tschechische Staat vor kurzem ein ungewöhnliches Geschenk gemacht: einen finanziellen Beitrag in Höhe von mehreren Hunderttausend bis Millionen Kronen als Kompensation dafür, dass in ihrem Katastergbiet Untersuchungsarbeiten für den Bau eines Atommüll-Endlagers starten werden. Einige Gemeinden sind dafür dankbar, andere schickten den Beitrag dem Staat zurück oder legten ihn auf ein spezielles Konto, das sie nicht angreifen wollen. Solch ein „Geschenk“ wollen sie einfach hinter ihren Häusern nicht. Das berichtet Jakub Siska in einer Mitteilung der Bürgerinitiative Umweltschutz OIZP (<http://oizp.cz>) in Budweis (Tschechien) vom 18. April 2016.

Der radioaktive Abfall, der vor allem durch den Betrieb der Atomkraftwerke entsteht,

und die Umwelt Hunderte und Tausende Jahre lang gefährdet, wird jetzt in sogenannten Zwischenlagern gelagert, im Falle der Tschechischen Republik auf den Geländen der Atomkraftwerke Dukovany und Temelin, schreibt Jakub Siska. Dort aber dürfe der Abfall nur vorläufig gelagert werden. Der Staat will mit dem Bau eines Atommüll-Endlagers im Jahre 2050 starten, um dann 15 Jahre später dorthin den ersten Atomabfall zu transportieren. Obwohl uns das als eine lange Zeit erscheinen könnte, sei es notwendig, schon jetzt den geeigneten Ort zu suchen.

Das geschieht zum Beispiel in Hradek im Kreis Vysocina, in dem sich auch die meisten anderen zu untersuchenden Orte befinden. Hier wird mit einem oberirdisch beanspruchten Areal von 23 Hektar Fläche gerechnet. Der untere Teil in einer Tiefe von 500 Metern soll eine Fläche von 440 Hektar einnehmen, was etwa 770 Fußballplätzen entspricht. Es wird auch mit einer Einrichtung zum Umladen des Materials in neue Behälter gerechnet. Insgesamt sollen während des Baues des Atommüll-Endlagers und des dazu gehörigen Areals mehr als 2 Millionen Kubikmeter Gestein abgebaut werden, was dem Inhalt des größten Baues der Welt entspricht, nämlich der Cheops-Pyramide, schreibt Siska. Der Ort müsse viele Kriterien erfüllen: das Gestein dürfe nicht mit Rissen beschädigt werden, müsse ausreichend stabil sein und es müsse ein Eindringen des Grundwassers ins Atommüll-Endlager verhindert werden.

Es ist offenbar, dass der ausgewählte Ort für „ewige Zeit“ durch den Bau betroffen sein wird, erklärt Siska. Die Bewohner erlebten es schon jetzt: die Immobilienpreise sinken, das Interesse an Neubau und Investitionen sei praktisch auf Null gefallen. Eine große Gefährdung stelle der Verlust des Grundwassers